



ZUR 50. AUSGABE DES SENIORENECHOS

Hätte jemand vor 16 Jahren geglaubt, dass das Senioren-Echo so lange bestehen würde?



Die erste Ausgabe erschien im März 2006 noch schwarzweiß kopiert; 2008 wurde dann farbig gedruckt und sie unserer Metallzeitung beigelegt.

Auch die Mitglieder in der Redaktion sind inzwischen andere. Der ursprüngliche Sinn und Grund des Ganzen hat sich aber nicht verändert. Das Seniorenecho möchte die Leser über das informieren, was in den Massenmedien meistens zu kurz kommt und eine Bindung zu den Mitgliedern schaffen.

Ich wünsche dem Senioren-Echo weiterhin viel Erfolg bei den Senioren der IG Metall in der Region Hamburg.

Krista Deppe

(Krista Deppe war eine der „Geburtshelferinnen“ des Seniorenechos und leitete viele Jahre die Redaktion.)

INHALT

2 DER UKRAINE -KRIEG DARF UNS NICHT KALT LASSEN

Der Überfall auf die Ukraine

3 SOLIDARITÄT MIT DER UKRAINE

Jetzt Spenden!

4 GESUNDHEIT UND PFLEGE – PROFIT STATT GEMEINWOHL

Krankes System

6 LANDTAGSWAHL IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Jede Stimme zählt

7 LIEBE KOLLEG*INNEN

Tanja Chawla stellt sich vor

8 DIE KINDER VOM BULLENHUSER DAMM

Wer waren diese Kinder?

DER „UKRAINE-KRIEG“ DARF UNS NICHT KALT LASSEN

Der russische Einmarsch in die Ukraine ist für rund 90 Prozent der Deutschen ein großer Einschnitt in die jüngere europäische Geschichte. Über 40 Prozent fühlen sich sogar durch diesen Krieg psychisch belastet. Mit 89 Jahren gehöre ich zu dieser Gruppe, die durch diesen von Russland ausgelösten Angriffskrieg stark verunsichert ist, weil er mit Hitlers Überfall auf Polen vergleichbar ist.

Ich habe den Zweiten Weltkrieg persönlich miterlebt, im Kriegszustand des faschistischen Deutschlands mit all seinen Entbehrungen, Zerstörungen und Millionen Toten, als Folge des von Hitler-Deutschland 1939 entfachten Zweiten Weltkriegs.

Die faschistische Propaganda hatte die Menschen im Griff, Widerstand war kaum spürbar. So entwickelte sich ein Leben und Handeln, das fast nur vom Nationalismus bestimmt wurde und keinen Widerspruch duldete. Das Feindbild, das die Nazis für die „Rechtfertigung“ ihres kriegerischen und faschistischen Kurses und mit ihrer Machtbesessenheit propagierten, waren die Juden. Sie wurden für alles Negative auf der Welt verantwortlich gemacht. Dieser geschürte Hass bestimmte große Teile der öffentlichen Meinung und sollte die Verfolgung und die Vernichtung dieser Menschengruppe bis hin zur Vergasung in den Konzentrationslagern rechtfertigen. Die berüchtigte „Wannsee-Konferenz“ beschloss ihre totale Vernichtung.

Als Rache auf den Angriffskrieg und den Überfall auf ganz Europa haben dann 1942 die USA mit ihrem Bombenterror auf deutsche Städte geantwortet und mit der Landung in der Normandie in Europa die Hitlerdik-

tatur besiegt. Das besonders Erschreckende für mich ist, dass 2022 Putin seinen Angriff auf die Ukraine ähnlich wie damals Hitler bei seinem Überfall auf Polen begründet. War es für Hitler die angebliche Vorherrschaft der Juden in Europa, ist es für Putin die angebliche Beherrschung der Ukraine durch Nazis und Faschistinnen und Faschisten. Vorgeschobene Gründe sollten die Aggression verschleiern und Verständnis für das kriegerische Vorgehen schaffen.

Diese Parallelen erschrecken viele von uns und belasten mich sehr. Das möchte ich mit diesen Zeilen zum Ausdruck bringen. Aggressoren, die ein alleiniges Entscheidungsrecht für sich beanspruchen, sind eine ständige Gefahr für das friedliche Miteinander. Das darf uns nicht kalt lassen!

Johannes Müllner

„In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man ihnen im Geschichtsunterricht erzählt“.

Egon Bahr, 2013 vor einer Schulklasse in Heidelberg

Solidarität mit der Ukraine JETZT SPENDEN!



#niewiederkrieg #standwithukraine #solidarität

SPENDENAUFTRUF

Die Solidarität der internationalen Gewerkschaftsbewegung gilt den Menschen in der Ukraine und denen in Russland, die sich kritisch zur Politik ihres Präsidenten äußern und gegen den Krieg stellen.

Den Geflüchteten muss Europa umfassende humanitäre Hilfe leisten. Jetzt gilt es, Solidarität zu zeigen! Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen ihre Mitglieder deshalb zu Spenden auf, damit den vor Krieg und politischen Repressionen Geflüchteten geholfen werden kann.

Der Verein „Gewerkschaften helfen e.V.“ hat dafür ein Spendenkonto unter dem Stichwort „Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe“ eingerichtet.

Spendenkonto: Gewerkschaften helfen e.V., Nord LB
IBAN: DE40 2505 0000 0151 8167 90
BIC: NOLADE2HXXX
Stichwort: Gewerkschaftliche Ukraine-Hilfe

GESUNDHEIT UND PFLEGE – PROFIT STATT GEMEINWOHL

Das Klatschen von den Balkonen für die Pflegekräfte ist längst verhallt. Die Helden der Pandemie sind wieder in Vergessenheit geraten. Schlechte Bezahlung und eine enorme Arbeitsbelastung sorgen dafür, dass mehr Pflegekräfte dem Beruf den Rücken kehren, als neue dazu kommen. Die Präsidentin des Deutschen Pflegerats, Christine Vogler, beziffert den Mangel an Pflegekräften bundesweit auf 200.000. Im Jahr 2030 erwartet sie 500.000 fehlende Beschäftigte in der Pflege.

Wie konnte es soweit kommen? Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hat die Ende der 1990ziger Jahre beginnende massive Privatisierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Der Privatisierungswahn war fester Bestandteil der Agenda 2010 der rot-grünen Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder. Der Gesundheitsökonom mit Abschluss an der privaten Elite-Universität Harvard, Professor Karl Lauterbach, heute Bundesgesundheitsminister, war seinerzeit CDU-Mitglied. Als die Privatisierungsprojekte griffen, trat er 2001 in die SPD ein. Lauterbach veröffentlichte das Programm „Weichenstellung für

die Zukunft – Elemente einer neuen Gesundheitspolitik“ gemeinsam mit dem Renten-Privatisierer Bert Rürüp. Das Programm der beiden Berater der Schröder-Regierung: Privatisierung des Gesundheitswesens! Private Rente!

Mit Einführung der Fallpauschale 2003 wurden zahlreiche öffentliche und gemeinnützige Krankenhäuser verkauft. Den Pflegeheimen ging es nicht anders. Private Konzerne übernahmen etliche vormals kommunale Pflegeeinrichtungen. Die neuen Eigentümer trimmten Krankenhäuser und Pflegeheimen im Sinne ihrer Aktionäre auf Profit. Pflegestellen wurden ge-

strichen, massives Outsourcing betrieben, Löhne und Arbeitsbedingungen blieben auf der Strecke. Die Medizin wurde statt auf Bedarf, im Sinne der Fallpauschalen auf Profit ausgerichtet. Lieber eine gut honorierte Knieprothese als eine schlecht vergütete langwierige Therapie.

In einem Interview mit der Wochenzeitung „der Freitag“ sagte der Intensiv-Mediziner Prof. Uwe Janssens: „Wir sollten uns daran erinnern, dass wir im Kern ein für alle zugängliches Gesundheitssystem haben. Der in den letzten Jahren zunehmende Anteil privater Krankenhausträger wird

Krankes System

- ▶ **2003/04 Einführung des Systems der Fallpauschalen.** Wurden bisher Festbeträge pro Bett und Tag bezahlt, werden Diagnosen und Behandlungen nun „Fallgruppen“ zugeordnet und pauschal vergütet. Folge: Reduzierung der Verweildauer im Krankenhaus, mehr Diagnose- und Fallzahlen, Anreize für höheren Patienten-Umsatz. Ganzheitliche Pflege bleibt auf der Strecke..
- ▶ **2004 Verkauf der städtischen Krankenhäuser in Hamburg.** Das Ergebnis des Volksentscheids „Gesundheit ist keine Ware“ wird vom damaligen CDU-Senat ignoriert und die Krankenhäuser an den Asklepios-Konzern verkauft. Bei dem Volksentscheid hatten 76,8 Prozent der Hamburger gegen den Verkauf votiert.
- ▶ **Nach Einführung der Fallpauschalen** geraten öffentlich-rechtliche und gemeinnützige Träger von Kliniken unter Druck. Folge: Abbau von Pflegestellen, Personal wird outgesourct, schlechtere Entlohnung. Zahlreiche Kliniken werden an private Konzerne veräußert. 2022:
- ▶ **2022: Lösung nicht in Sicht.** Trotz kleiner Korrekturen durch den Gesetzgeber hat sich wenig geändert. Eine Überführung des profitorientierten in ein gemeinnütziges System der Daseinsvorsorge ist nicht zu erkennen.



unser Gesundheitssystem weiter von der ursprünglichen Grundidee entfernen. Und wenn in einem sozialen Gesundheitssystem Krankenkassenbeiträge unter anderem dafür eingesetzt werden, international operierende Konzerne bei der Ausschüttung von Dividenden zu unterstützen, finde ich das mehr als bedenklich.“ Die Situation bei den Pflegeheimen sieht

Prof. Uwe Janssens ebenfalls kritisch. „Das ganze Altenpflegeheim-System in Deutschland ist durchzogen von sogenannten Private-Equity-Investoren, die irgendwo im Ausland sitzen, ganze Pflegeheimketten aufkaufen und dabei enorme Gewinne machen. Es ist eine wirklich dramatische Entwicklung, die in letzter Konsequenz zu einer zunehmenden Unterversorgung

der Bedürftigen führt.“ Dass daran der aktuelle Gesundheitsminister etwas grundlegend ändert, ist eher nicht zu erwarten.

Günter Hameister

Profitables Geschäft

Entwicklung der Umsätze der größten privaten Klinikkonzerne Helios (Fresenius), Asklepios, Sana und Rhön-Kliniken in Deutschland.

▶ 2007	6,67 Milliarden Euro
▶ 2014	11,93 Milliarden Euro
▶ 2017	15,71 Milliarden Euro
▶ 2020	18,95 Milliarden Euro

Es tut sich was

- ▶ **2017: Streiks für Entlastung.** Pflegenden in sechs Bundesländern streiken für Entlastung des Klinikpersonals. Neben Tarifierhöhungen fordern die Gewerkschaften verbindliche Personalvorgaben per Gesetz.
- ▶ **2021: Krankenhausbewegung Berlin.** Nach langem Kampf gilt in Berlin: Pflegepersonal muss freie Ausgleichstage erhalten. Outgesourcte Bereiche werden in den Tarifvertrag übernommen. Dem

Berliner Konzern Vivantes fehlen jetzt 1.500 Pflegekräfte.

- ▶ **2022: Ultimatum in NRW.** An den sechs Uni-Kliniken in Nordrhein-Westfalen hat die Gewerkschaft ver.di ein 100-Tage-Ultimatum an die Landesregierung gestellt. Ziel: Einen Tarifvertrag zur Entlastung des Klinikpersonals.

LANDTAGSWAHL IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Seit 1946 stellte die CDU zehn, die SPD fünf Ministerpräsidenten, davon eine Ministerpräsidentin. Jede Regierung regierte jeweils nur einmal. Heide Simonis fehlte für eine 2. Amtszeit eine Stimme! Sie war die erste Frau in der Bundesrepublik Deutschland in dieser Funktion.

Der Landtag in Kiel verfügt über 73 Abgeordnete aus 35 Wahlkreisen. Wie im Bund gilt, um in den Landtag hineinzukommen, die 5-Prozent-Hürde. Infolge der Bonn-Kopenhagener Erklärungen sind Parteien der dänischen Minderheit hiervon jedoch ausgenommen. Derzeitige Sitzverteilung: CDU 25, SPD 21, Bündnis 90/Die Grünen 10, FDP 9, SSW (Südschleswigscher Wählerverband) 3, AfD 3, Fraktionslose 2.

Die derzeitige Koalition aus CDU, Grüne und FDP unter der Führung von Ministerpräsident Daniel Günther verfügt über 44 der 73 Sitze. Es ist die zweite sogenannte Jamaika-Koalition in einem deutschen Bundesland.

Die Landtagswahlprogramme der CDU (155 Seiten), der SPD (91 Seiten) und der Grünen (194 Seiten) sowie die Programme der anderen Parteien (siehe Internet), die zur Wahl stehen, sind eine große Herausforderung für

Wählerinnen und Wähler. Auf den Wahlplakaten dominieren hingegen größtenteils nichtssagende Slogans.

1947 gab es eine Wahlbeteiligung von 69,8 Prozent, 1983 die höchste mit 84,8 Prozent und 2017 die niedrigste mit 64,2 Prozent. Letzteres sollte sich nicht wiederholen.

Handlungsbedarf besteht bei vielen Themen: Corona-Krise/Pandemie, Mobilität und Verkehr, Bildung-Schule-Ausbildung, Umweltschutz und Klimawandel, sowie Pflege, Gesundheit und Wohnen.

Als Bürger und Gewerkschafter bewegen mich über die landespolitischen Themen hinaus die bundespolitischen Herausforderungen. Das Wichtigste: Alle Kraft für die Beendigung von Krieg und Zerstörung und für einen sicheren Frieden. Dabei ist eine massive Aufrüstung der falsche Weg. Immer mehr Waffen machen die Welt nicht sicherer, im Gegenteil!

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander, soziale Gerechtigkeit kommt zunehmend unter die Räder. Existenzsicherung für alle Bürgerinnen und Bürger: Hartz IV muss weg, Lebensstandard-sichernde Renten müssen her. Die Daseinsvorsorge gehört nicht in profitgetriebene Hände privater Konzerne. Der Klimawandel muss gestoppt werden. Wir brauchen mehr Transparenz und Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben.

Jede Stimme bei den Wahlen zählt, aber darüber hinaus müssen wir uns engagieren und einmischen. Das Ziel: Eine friedliche, gerechte und gesunde Welt, für uns, unsere Kinder, unsere Enkel!

Walter Molter

ZEITUMSTELLUNG – WIE LANGE NOCH?

Nun haben wir wieder die Sommerzeit. Am letzten Märzwochenende wurden die Uhren eine Stunde vorgestellt. Ende Oktober wird die Zeit dann voraussichtlich wieder korrigiert.

Die Sommerzeit wurde mit der Begründung der Energieeinsparung als bedeutender Beitrag gegen den Klimawandel eingeführt. Schon sehr schnell stellte sich heraus, dass der Einsparungseffekt unbedeutend ist. So wurde bereits nach kurzer Zeit über eine

Abschaffung der Zeitumstellung nachgedacht. Aber für Parlamentarierinnen und Parlamentarier im deutschen Bundestag, wie in Europa, gilt der Grundsatz – nachdenken heißt nicht handeln. Obwohl bereits 2018 das EU-Parlament unter Jean-Claude Juncker

entschied, die Zeitumstellung bis spätestens 2021 abzuschaffen, kommen die 27 Mitgliedstaaten zu keiner Einigung. Ein Offenbarungseid für die Handlungsfähigkeit Europas!

Erik Merks

LIEBE KOLLEG*INNEN, EIN HERZLICHES MOIN MOIN!

Als neue Vorsitzende des DGB Hamburg freue ich mich über die Möglichkeit, mich hier kurz vor-stellen zu können und auf die anstehenden Themen einzugehen:

Mein Name ist Tanja Chawla.

Anfang der 90er Jahre wechselte ich von einem kleinen Dorf in Dithmarschen in die spannende Großstadt Hamburg, um eine Ausbildung zur Erzieherin zu absolvieren. Seither habe ich diese Stadt schätzen und lieben gelernt. Ich studierte an der Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) VWL und Sozial-Ökonomie, danach folgten ein entwicklungspolitischer Master in London und diverse berufliche Tätigkeiten in Politik und Wissenschaft. Gemeinsam die eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen in die Hand zu nehmen, zu gestalten und dadurch gesellschaftspolitisch zu wirken, waren für mich Beweggründe, in die Gewerkschaft einzutreten. Diese gelten bis heute. Die großen Themen, vor denen wir aktuell stehen, brauchen dringend gewerkschaftliche Gestaltung. Nur so können wir sicher sein, dass die sozial-ökologische Transformation, die den Umbau der Arbeitswelt beschreibt, alle Kolleg:innen mitnehmen wird. Ebenso gestalten wir die aktuellen Veränderungsprozesse durch die Digitalisierung. Und natürlich gilt es auch die Folgen der Corona-Pandemie zu meistern.

Mir ist es wichtig, dass Schlagworte wie soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit auch real werden. Daher



setze ich mich für eine Zukunft ein, in der niemand zurückgelassen oder ausgeschlossen wird, am gesellschaftlichen Reichtum teilzuhaben. Gerade der Mindestlohn ist eine wichtige Er rungenschaft in diesem Zusammen hang. Die Eindämmung prekärer Er werbsmöglichkeiten, wie Minijobs, die den Weg in die Altersarmut vor programmieren, müssen wir deutlich vorantreiben. Insbesondere bei dem Thema Rente bin ich den Senior:innen dankbar, dass ihr so vehement an dem Thema geblieben seid. Hier wünsche ich mir für die Zukunft mehr interge-

nerationellen Austausch, um weitere Verbesserungen und eine höhere Aufmerksamkeit für das Thema zu erreichen!

Das geht nur gemeinsam und solidarisch, denn Gewerkschaft sind wir alle.

Ich freue mich auf die Zusammen arbeit!

Tanja Chawla, Vorsitzende DGB Hamburg

DIE KINDER VOM BULLENHUSER DAMM

Der Ortsausschuss Niendorf-Lokstedt in Hamburg beschloss 1991 die Straßen im geplanten Neubaugebiet in Burgwedel (Schnelsen-Nord) nach den Kindern der Schule am Bullenhuser Damm in Rothenburgsort zu benennen.

Wer waren diese Kinder? Der deutsche Arzt Heißmeier suchte 1944 „Material“ (Kinder) für Tuberkulose-Versuche. Im Konzentrationslager Auschwitz wurden daraufhin von dem dortigen Lagerarzt Mengele je 10 Mädchen und Jungen ausgewählt. Er stellte im Kinderlager die Frage: „Wer will zu seiner Mutter?“. Die Kinder, die sich meldeten, waren die Kandidat*innen. Sie kamen aus Polen, Holland, Frankreich, Italien und Jugoslawien. Ihre Mütter oder Väter waren Juden.

Diese ausgewählten Kinder, zwischen 6 und 12 Jahren alt, kamen Ende November 1944 nach Neuengamme. Ihnen wurde in die Brust geschnitten und eine Bakterienlösung in die Brust eingebracht. Die Folgen waren hohes Fieber und eine weitere Schwächung der Kinder. Doch die Versuche gingen weiter. Den Kindern wurden Schläuche durch die Luftröhre bis in die Lungenflügel eingeführt, um auch hier die Bakterienlösung einzubringen. Anschließend wurden die Lymphknoten unter örtlicher Narkose entfernt. Die Kinder litten Höllenqualen. Es bildeten sich keine Antikörper, genauso wenig wie bei den etwa 100 russischen Gefangenen, bei denen man diese Versuche schon gemacht hatte.

Als die Engländer auf Hamburg vorrückten, sollten diese Verbrechen verschleiert werden. Deshalb wurden diese Kinder am 20. April 1945 zusammen mit vier russischen Gefangenen, die als Betreuer für die Kinder arbeiten mussten, im Keller der Schule am Bullenhuser Damm erhängt. 1963 wurde an der Schule eine Gedenktafel angebracht ohne jedoch die vier russischen Gefangenen zu erwähnen. Die VVN (Vereinigung Verfolgte des Naziregimes) gedenkt der Gehängten jedes Jahr an diesem Tag mit Blumenschmuck.

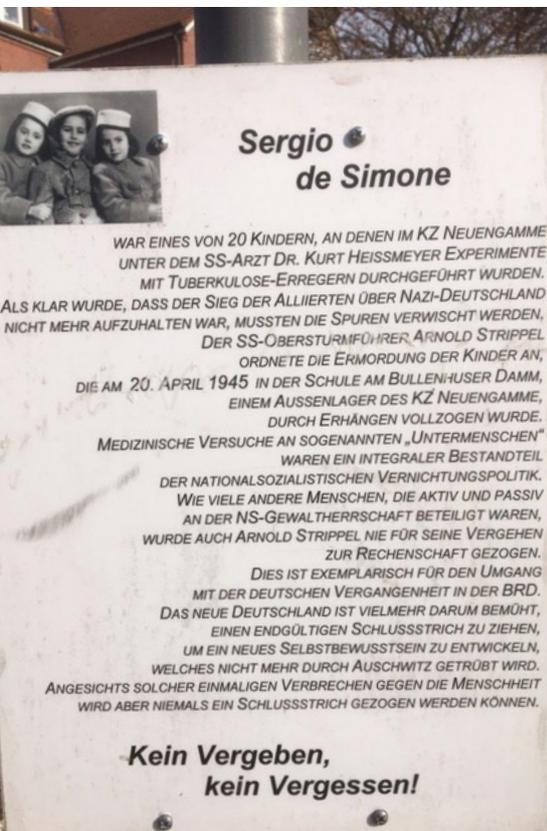
Auf dem Roman-Zeller-Platz in Burgwedel, der den Name eines der Kinder



Denkmal

trägt, wurde 2001 ebenfalls ein Mahnmal aufgestellt. Hier findet jedes Jahr eine Gedenkfeier der evangelischen Kirche zusammen mit den vierten Klassen der örtlichen Schulen statt.

Heinrich Dannenberg



Straßenschild Sergio de Simone